

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen ausgenommen. Der Preis beträgt für den Jahrgang von 48 Hefen 4 Mark 20 Pf. ...

Interesse haben die abgelaufenen Kampftage über ihren Namen 75 Pf. ...

Die Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 20. Februar 1919

Nummer 92

Der alte Militarismus lebt!

Das neue Heer.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß „die Notwendigkeit der Schaffung eines angemessenen starken Heeres zwecks Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung in Europa und, falls es notwendig werden sollte, zur Abwehr polnischer und bolschewistischer Verheerung deutscher Gebiete“ in der Nationalversammlung immer mehr erkannt wird.

Wie das Blatt weiter erzählt, hat das Reichswehrministerium bereits einen Gesetzentwurf betreffs Bildung eines künftigen Heeres fertiggestellt. Es besteht die Absicht, in dieser Frage eine Verständigung mit den rechtsstehenden Parteien herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf sieht eine Stärke von 150 000 bis 175 000 Mann vor, ohne die Offiziere, Unteroffiziere und militärischen Beamten. Von einem Einstellungszwang soll zunächst abgesehen werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Entwurf die freudige Zustimmung aller Reaktionskräfte finden wird. Ihre kühnsten Hoffnungen sollen erfüllt werden.

Freigabe der Geistesfreiheit.

Der Ansbundel um die Neubildung der preussischen Regierung hat bereits begonnen, und es ist kaum mehr ein Zweifel möglich, daß die Rechtssozialisten auch in Preußen das Zentrum in die Regierung aufnehmen wollen.

Ist es schon im Reich nicht zu verantworten, daß man den Merkmalen wieder zur Macht verhilt, so gehört die ganze politische Grundlosigkeit der rechtssozialistischen Führer dazu, nun auch in Preußen dem Zentrum wieder in den Sattel zu helfen.

Es muß immer wieder gesagt werden, daß dazu gar keine Notigung besteht, daß es nur die entsetzliche Feigheit der Rechtssozialisten, ihre schamvolle Angst vor jeder bürgerlichen Opposition ist, die sie zu dem Bund mit der Merkmalen Reaktion treibt.

Der Eintritt der Merkmalen in die Regierung bedeutet selbstverständlich, daß auf dem Gebiet der Kulturpolitik, der Schule und Kirche nichts Wesentliches geschehen kann. Im besten Fall werden ein paar bescheidene soziale Reformen herauskommen.

anderen, um endlich auch die geistigen und kostvollen Vorkämpfer für ein Leben in Freiheit und Gleichheit zu schaffen!

Aber den erbärmlichen Parteibureauführern ist das alles ja fürchtbar gleichgültig. Sie rechnen aus, daß sie in ihrem Parlament dafür so viel Duzend Stimmen mehr bekommen, daß ihre Regierung dadurch umso gefestigter ist und alles andere, kulturelle, wie politische und sozialistische Ideale sind ihnen Nebensache.

Der Quell der Verbitterung.

Der „Vorwärts“ geht von juristischer Seite eine Rechtfertigung des Verhaltens der Regierung im Falle Liebknecht-Lugenburg zu, die selbst ihm die schmerzliche Bemerkung entlockt, daß es sehr an ihr sei, daß die Unterjochung noch nicht abgeschlossen ist.

In es beim „Vorwärts“ nicht das Rechtgefühl, das ihn veranlaßt, für die Veltung der Mörder einzutreten, sondern der Wunsch, diesen „Quell der Verbitterung und Verwirrung“ zu beseitigen, so ist es auch bei der Regierung nicht das Rechtgefühl, wenn sie gegen die Mörder nicht vorgeht.

Deshalb werden wir wohl auch vorzüglich darauf warten, daß man durch die Erhebung der Mordtage gegen uns die Möglichkeit schafft, die Mörder vor einem bürgerlichen Gericht zu entlassen.

Die Kämpfe im Ruhrgebiet.

Die Streikflotte im Ruhrgebiet ist noch unverändert. Die Regierung hat dem Kommandeur des VII. Armeekorps alle Vollmachten erteilt, um die revolutionäre Bewegung endgültig niederzuschlagen.

Die Regierung hat auch die Absicht, gegen Düsseldorf vorzugehen, das für den Verb der ganzen Bewegung gehalten wird. In Düsseldorf in der neutralen Zone liegt und nach den Waffenstillstandsbedingungen dort nur Truppen in beschränkter Zahl gehalten werden dürfen.

Begnadigung zum — Schützengraben.

In Reckitt und Regel schmachten noch immer Hunderte von Arbeitern, die sich an den revolutionären Kämpfen in der Januarwoche beteiligt haben. Die Proteste der Verteidiger gegen die menschenunwürdige Unterbringung und die schlechte Ernährung der Gefangenen verhallen in den Wind.

Die Begnadigung zum Schützengraben war eine der schmerzhaftesten Blüten des alten Regimes. Es macht den neuen Männern alle Ehre, daß sie auch in dieser Hinsicht den Fußstapfen ihrer Vorgänger folgen.

Gemeindliche Kulturpolitik.

Ein besonders reiches Weidungsfeld erschließt sich den Gemeindeverwaltungen auf dem Gebiete der Kulturpolitik. Und besonders werden da auch die kommunalen Körperschaften Groß-Berlins Gelegenheit zu legendreicher Tätigkeit finden.

Anfänge zur Lösung der gemeindlichen Kulturaufgaben sind gemacht. Aber eben auch nur Anfänge. Ihr Ausmaß ist bringende Notwendigkeit.

In erster Linie wird es sich natürlich da um eine Um- und Ausgestaltung des ganzen Schulwesens handeln, vom Kindergarten angefangen, der ganz anders als heute eine Pflegstätte für die Kleinen des Volkes werden muß.

Aber auch denen, die nach Erlangung einer ausreichenden Allgemeinbildung in das werftätige Leben hinausgehen, muß in viel höherem Maße als heute Gelegenheit zur Fortbildung gegeben werden.

Recht traurig ist es in Groß-Berlin noch mit den Bibliotheken und mit dem Bibliothekswesen bestellt, obgleich die Bereitstellung guter Bibliotheken mit populär wissenschaftlicher und erzählender Natur sowie die Schaffung reich ausgestatteter Leseläden eine sehr wichtige Kultur Aufgabe der Gemeinden ist.

In Berlin selbst liegen die Dinge noch am günstigsten. Die einzelnen städtischen Volksbibliotheken und Leseräume könnten zwar viel besser ausgestattet sein, und die Räumlichkeiten der Stadtbibliothek sind geradezu traurig.

*) Vergl. „Freiheit“ Nr. 88 vom 18. Februar 1918 abend.

